

Wie nehmen Sie die Menschen mit?

Gefängnis-Gegner treten per Fragekatalog mit Justizminister Stickelberger in Dialog

**Schömburg, 23.11.2011 von
Karl-Otto Müller**

Das Gespräch war gut, allein, es war zu kurz. Ungeklärtes soll in nachgeschobenen Fragen beantwortet werden, versprach Finanzminister Nils Schmid den Schömburger Groß-Gefängnis-Gegnern.

Nichts über die Köpfe der Menschen hinweg entscheiden. Natur und Flächenverbrauch stets im Blick. Die finanziellen Folgen für spätere Generationen so verträglich wie möglich halten. Keine sozialen Strukturen zerstören, wenn es anders geht. Loyalität aus Oppositionsreihen heraus hatte ihnen einst gut getan, jetzt, da Grün-Rot das Zepter im Land in der Hand halte, ergriffen die Sprecher der Anti-Gefängnis-Initiative NAKU (Verein zur Erhaltung der Natur- und Kulturlandschaft e.V.) die Gelegenheit beim Schopfe: Nils Schmid in der Balinger Stadthalle. Nach dessen Auftritt in Sachen „Stuttgart 21“ und B 27 wollten sie ganz gezielt auch das Thema „Groß-Gefängnis“ im Bitzwäldle erörtern. Auch wenn es um das Thema in den vergangenen Wochen ruhig geworden war, es sei ihnen klar, so die Initiatorer aus Schömburg, Zepfenhan und Neukirch, noch liegen die Gefängnispläne wie ein Damoklesschwert über ihren Gemeinden - wir berichteten mehrfach.

Dem konstruktiven Gespräch über den von ihnen ausgearbeiteten „transparenten Weg zum Justizvollzug 2019“ (wir berichteten) soll nach Vorstellung der NAKU-Mitglieder eine intensive Erörterung der Thematik mit der Landesregierung folgen. Als stellvertretender Ministerpräsident hatte sich Schmid bereiterklärt, diese Gefängnispläne in einem durchaus kritischen Fragenkatalog gemeinsam zu diskutieren. Erster Ansprechpartner ist Justizminister Rainer Stickelberger.

Mit folgenden Fragen wandten sich die Sprecher der Bürgerinitiative NAKU e.V., Ingeborg Gekle-Maier, Jochen Baumann, Hanns Gaußer und Elmar Hauschel dieser Tage an den Justizminister:

- Frage 1 zu Transparenz und Beteiligung: Wie planen Sie, ein von Anfang an transparentes Verfahren unter Beteiligung der betroffenen Bürger sicherzustellen?
- Frage 2 zur Korrektur des Haftplatzentwicklungsprogramms '07: Der Haftplatzbedarf in Baden Württemberg hat sich gegenüber den Plandaten des in 2007 verabschiedeten Haftplatzentwicklungsprogramms gravierend und nachhaltig um 12 Prozent, das entspricht 1000 Haftplätzen!, reduziert. Durch geplante Schließungen von Hechingen bis Waldshut entfallen lediglich 150 Haftplätze. Wie beurteilen Sie den Ersatzbedarf in der betroffenen Raumschaft - dies gerade unter Berücksichtigung der heimatnahen Unterbringung? Was spricht für eine neue JVA mit mehr als 150 Haftplätzen in der kriminalitätsarmen Region Hechingen-Sigmaringen-Waldshut?
- Frage 3 zur Einsparung von Steuermitteln: Bei unveränderter Fortführung des alten Haftplatzentwicklungsprogramms würde aufgrund der stark geänderten Plandaten die bereits in 2011 bestehende Überkapazität von 300 auf 650 Haftplätze weiter aufgebaut. Mit einem wesentlich kleineren Neubau oder Bauverzicht ließen sich unseren Informationen nach enorme Steuern sparen. Können Sie uns die Zusammenhänge oder Widersprüche verständlich machen?
- Frage 4 zum überregionalen Suchlauf: Wie planen Sie, die zugesagte überregionale Suche nach alternativen Standorten umzusetzen? Gibt es vor dem Start des Suchlaufes einen einheitlichen, für alle Standorte gültigen Kriterienkatalog? Wie sind darin die anzuwendenden Gewichtungen der Einzelkriterien fixiert? Wem wird der Kriterienkatalog von Beginn an zugänglich bzw. offengelegt? Wie werden alle interessierten Kommunen berücksichtigt?
- Frage 5 zum praktizierten Naturschutz: Der Bitzwald wurde vom Fachmagazin GEO als Naturparadies eingestuft. Ein unabhängiges Gutachten über eine Vegetationsperiode stuft auf einer fünfstufigen Skala die ökologische Wertigkeit im obersten Bereich 4-5 ein. Wie berücksichtigt die Landesregierung diese hohe ökologische Wertigkeit? Wie wird das Umweltministerium in den Suchlauf eingebunden? Wie lebt die neue Landesregierung in puncto Naturschutz das selbst vor, was sie der Industrie und den Bürgern zu Recht abverlangt?

Die Antworten auf ihre Fragen erhoffen sich die Initiativ-Sprecher spätestens im gemeinsamen Gespräch beim Ministerbesuch in Rottweil am 9. Dezember. Sie wünschen sich damit einen „Transparenz auf dem Weg“ für den JVA-

Neubau. Dabei möchte sie hinter Selbigem nach wie vor ein dickes Fragezeichen sehen.



Rainer Stickelberger,
Justizminister des Landes Baden-
Württemberg, tritt mit den
Gefängnis-Gegnern in Dialog. Foto:
Staatsministerium